



Das soziale Netz ist nicht für alle gleich

Unter dem Titel «Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz» beleuchtet die neueste Ausgabe von *terra cognita* Ursachen und Wirkung der Schlechterstellung der Migrationsbevölkerung in Sozialversicherungen und Sozialhilfe. Die von der Eidgenössischen Migrationskommission (EKM) herausgegebene Zeitschrift liefert nicht nur eine aktuelle, vielschichtige und fundierte Analyse der sozialpolitischen Situation im Ausländerbereich, sondern enthält darüber hinaus eine ganze Reihe von grundlegenden Beiträgen zur Armutsproblematik und zur schweizerischen Sozialpolitik.

Neue Publikation zur sozialen Sicherheit im Migrationsbereich

In der Schweiz gibt es ein engmaschiges Netz von Sozialversicherungen, das den hier lebenden und arbeitenden Menschen und ihren Angehörigen einen weitreichenden Schutz vor sozialen Risiken bietet. Aktuelle Studien zeigen jedoch, dass nicht alle gleichermaßen geschützt sind: Ausländerinnen und Ausländer müssen vielfach mit weniger sozialer Absicherung leben als die einheimische Bevölkerung. Und Menschen ohne Schweizer Pass müssen gar mit ausländerrechtlichen Sanktionen rechnen, wenn sie in Not geraten und staatliche Hilfe beanspruchen.

Die zunehmende Verschränkung der Migrationspolitik und der Politik der sozialen Sicherheit wird in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift *terra cognita* von namhaften Expertinnen und Experten aus gesellschaftlicher, rechtlicher und sozialpolitischer Sicht thematisiert. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf alle Beiträge einzugehen, einige Hinweise müssen genügen. *Ruedi Illies* weist in seinem Aufsatz «Asylsozialhilfe auf dem Prüfstein» auf die Notwendigkeit von existenzsichernden Leistungen für alle längerfristig in der Schweiz lebenden Personen hin: «Zu tiefe Unterstützungsansätze erschweren die gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb muss es im Interesse einer Gesellschaft sein, dass Menschen, die über einen längeren Zeitraum bei uns leben, eine angemessene Unterstützung durch die Sozialhilfe erhalten». Der Autor kritisiert, «dass die Berechnung der Höhe des Grundbedarfs in der Asylsozialhilfe grundsätzlich nicht auf sachlich nachvollziehbaren Kriterien beruht.»

Verschiedene Beiträge beleuchten die ausländerrechtlichen Gesetzesverschärfungen der letzten Jahre, insbesondere die drohende ausländerrechtliche Schlechterstellung, wenn eine Person Sozialhilfe bezieht. *Marianne Hochuli* zieht daraus den Schluss, dass für bedürftige Ausländerinnen und Ausländer «das Recht auf Hilfe in Notlagen nicht gewährt ist. Beziehen sie Sozialhilfe, droht ihnen der Verlust des Aufenthaltsstatus. Viele verzichten daher auf Unterstützung und leben unter der Armutsgränze.» Für die Autorin ist deshalb «die Entkoppelung von Aufenthaltsstatus und Sozialhilfebezug» dringend nötig. *Barbara von Rütte* zeigt auf, dass seit Inkrafttreten des neuen Bürgerrechtsgesetzes im Januar 2018 Sozialhilfebezug ein Einbürgerungshindernis ist. Seither können sich Personen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, nicht mehr einbürgern lassen. «Das Migrationsrecht wird immer mehr zu einem «Leiterlenspiel», in welchem das Ziel der Einbürgerung für armutsbetroffene Menschen unerreichbar wird», analysiert die Autorin.



Charta Sozialhilfe Schweiz Charte Aide Sociale Suisse Carta Aiuto Sociale Svizzera

Verschiedene Autorinnen und Autoren gehen auf grundlegende Entwicklungen des Sozialstaats ein. In seinem Beitrag «Armut in einem reichen Land» zeigt *Christoph Butterwegge* auf, dass Armut in Deutschland und in der Schweiz längst kein Randgruppenphänomen mehr ist. Seine Schlussfolgerung: «Armut dringt immer stärker zur Mitte der Gesellschaft vor.» Die aktuellen Ereignisse als Folge der Ukraine Krise und insbesondere die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Energie könnten gar zur «sozialen Frage des Jahrzehnts» werden. Mit Blick auf die sozialstaatlichen Tendenzen der letzten zwanzig Jahre stellt *Carlo Knöpfel* fest, dass den Parlamenten im Bund und in den meisten Kantonen die Fähigkeit abhanden gekommen sei, «mehrheitsfähige Vorlagen in der Sozialpolitik zu formulieren». Daraus ergebe sich ein Reformstau für die soziale Sicherung. Knöpfel verweist zudem auf die grosse Bedeutung der Kantone bei der Existenzsicherung: «In den Kantonen und Kommunen muss der Sozialstaat verteidigt werden. Der alleinige Fokus auf die Bundespolitik reicht nicht. Wer armutsbetroffenen Menschen helfen möchte, muss sich um die sozialen Bedarfsleistungen kümmern, nicht nur um die Sozialhilfe, sondern auch um die Prämienverbilligung bei den Krankenkassen.»

Wer sich einen Überblick über die soziale Sicherheit im Migrationsbereich verschaffen will, findet in der neuesten Ausgabe von *terra cognita* ca. 30 Beiträge, welche kurz und prägnant die Entwicklung der letzten Jahre nachzeichnen, die aktuelle Praxis kritisch hinterfragen und Anregungen für sozialstaatliche Reformen liefern. Der Eidgenössischen Migrationskommission gelingt es mit dieser Publikation, einen wenig beachteten und problematischen Bereich der schweizerischen Sozialpolitik aus verschiedensten Blickwinkeln auszuleuchten. Die Lektüre ist allen sozialpolitisch interessierten Fachpersonen und Entscheidungsträgern wärmstens zu empfehlen.

Felix Wolffers